

Umwelthaftpflichtversicherung und Rettungskostenersatz

Von
Stephan Reemts



Duncker & Humblot · Berlin

Inhaltsverzeichnis

Einführung.....	17
 <i>Erster Teil</i>	
Grundlagen	19
A. Entwicklung und Konzeption der Umwelthaftpflichtversicherung	19
I. Entwicklung der Versicherung betrieblicher Umwelthaftpflichtrisiken in der Bundesrepublik Deutschland.....	19
II. Überblick über das neue Konzept für die Umwelthaftpflichtversicherung	26
1. Das Umwelthaftpflicht-Modell	26
a) Gegenstand der Versicherung (Ziff. 1).....	26
b) Umfang der Versicherung.....	27
c) Vorsorgeversicherung/Erhöhungen und Erweiterungen	28
d) Versicherungsfall	29
e) Aufwendungen vor Eintritt des Versicherungsfalles	30
f.) Nicht versicherte Tatbestände.....	31
g) Versicherungssummen/Maximierung/Serienschadenklausel/ Selbstbehalt.....	33
h) Nachhaftung	34
i) Versicherungsfälle im Ausland	34
2. Die Umwelthaftpflicht-Basisversicherung	35
3. Die Ausschlußklausel in § 4 Ziff. I 8 AHB.....	35
B. Kernpunkte des Umwelthaftpflicht-Modells für die Versicherung von Rettungskosten	37
I. Der Begriff des Schadens durch Umwelteinwirkung i.S.d. Ziff. 1 UmweltHB und § 4 Ziff. I 8 AHB	37
1. Anwendbarkeit der Legaldefinition in § 3 Abs. 1 UmweltHG für das Versicherungsrecht	37

2.	Die inhaltlichen Anforderungen an den Begriff der Umwelt- einwirkung	39
a)	Stoffe und Erscheinungen	41
b)	Ausbreitung in einem Umweltmedium	43
aa)	Allgemeines	43
bb)	Notwendigkeit einer Wechselwirkung zwischen Erschei- nungen und Umweltmedium	43
cc)	Insbesondere: Brand- und Explosionsschäden	47
dd)	Bedeutung der Begriffe Boden, Luft und Wasser	48
c)	Weitere ungeschriebene Tatbestandsmerkmale	49
aa)	Physische Einwirkung	49
bb)	Tätigkeit oder Anlage des Versicherungsnehmers als Aus- gangspunkt der Umwelteinwirkung	55
d)	Restümee	56
II.	Der Versicherungsfall-Begriff in der Umwelthaftpflichtversicherung nach Ziff. 4 UmweltHB	58
1.	Die Erforderlichkeit der genauen zeitlichen Bestimmung des Ver- sicherungsfalles und die Aufgabe des Versicherungsfall-Begriffes	58
2.	Bedeutung der neuen Versicherungsfall-Definition für das Umwelt- haftpflicht-Modell und die Gründe für die Wahl des Feststellungs- prinzips	59
3.	Einzelheiten des neuen Versicherungsfall-Begriffes	61
a)	Das Merkmal der Schadensfeststellung	61
b)	Das Merkmal der Nachprüfbarkeit	64
c)	Das Merkmal der Erstmaligkeit	68
d)	Objektive Möglichkeit der Erhebung von Schadensersatzan- sprüchen	70
4.	Versicherungsfalleintritt bei unberechtigter Anspruchserhebung	71
5.	Der Versicherungsfall in der Nachhaftungsversicherung nach Ziff. 8 UmweltHB	74
6.	Bewertung des neuen Versicherungsfall-Begriffs in Hinblick auf seine Auswirkungen auf den Deckungsschutz	74
a)	Offene Sofortschäden	75

b) (Verdeckte) Spätschäden	76
c) Offene zeitlich gestreckte Schäden.....	78

*Zweiter Teil***Der gesetzliche Rettungskostenersatz in der
Umwelthaftpflichtversicherung nach den §§ 62, 63 VVG** 82

A. Grundlegendes	82
I. Bedeutung des Rettungskostenersatzes in der Umwelthaftpflichtversicherung.....	82
II. Zusammenhang zwischen Rettungspflicht, Rettungskostenersatz und Versicherungsfall-Begriff.....	83
B. Der zeitliche Anwendungsbereich der §§ 62, 63 VVG in der Umwelthaftpflichtversicherung.....	85
I. Die maßgeblichen Rechtsgrundlagen der Rettungspflicht in der Umwelt- haftpflichtversicherung	86
II. Rechtspolitische Bedeutung des § 62 VVG	86
III. Beginn der Rettungspflicht nach § 62 Abs. 1 VVG in der Umwelt- haftpflichtversicherung	88
1. Die Auffassung der herrschenden Meinung	88
2. Konsequenzen der herrschenden Meinung für den Umfang der Ret- tungspflicht	89
3. Kritik der herrschenden Auffassung	91
a) Die Einheitlichkeit des Versicherungsfall-Begriffs.....	91
b) Vereinbarkeit des Versicherungsfall-Begriffs der Ziff. 4 UmweltHB mit § 62 Abs. 1 VVG	97
aa) Wortlaut	97
bb) Regelungszweck	98
cc) Sonstige rechtspolitische Bedenken	102
4. Lösungskonzepte für die durch die Umstellung auf das Feststellungs- prinzip entstandenen Probleme bei der Anwendung von § 62 Abs. 1 VVG im Bereich der Umwelthaftpflichtversicherung	104
a) Ausgleich der durch das Feststellungsprinzip bei den §§ 62 f. VVG entstehenden Defizite durch die eigenständige Regelung des Aufwendungseratzes in Ziff. 5 UmweltHB	105

b)	Anwendung der Vorerstreckungstheorie in der Umwelthaftpflichtversicherung	110
c)	Vorverlagerung des Versicherungsfall-Zeitpunktes durch Entwicklung eines eigenständigen Versicherungsfall-Begriff's für § 62 VVG nach der Ratio des Gesetzes	117
aa)	Grundsätzliche Anforderungen an einen für § 62 VVG geeigneten Versicherungsfall-Begriff	117
bb)	Geeignetheit der für die Haftpflichtversicherung vertretenen Versicherungsfall-Definitionen	119
cc)	Modifikation der Ursachenereignistheorie	123
5.	Abbedingung und Abbedingbarkeit von § 62 VVG	132
6.	Ergebnis	136
C.	Überblick über Voraussetzungen und Umfang des Anspruchs auf Rettungskostenersatz nach § 63 VVG bei der Umwelthaftpflichtversicherung	136
I.	Die tatbestandlichen Voraussetzungen für einen Anspruch auf Rettungskostenersatz	137
1.	Bestehende Rettungspflicht	137
a)	Objektive Voraussetzungen für die Entstehung einer Rettungspflicht nach § 62 VVG	137
b)	Das Irrtums- und Prognoserisiko	138
aa)	Berücksichtigung von Fehlvorstellungen des Versicherungsnehmers	139
bb)	Grenzen der Berücksichtigung von Fehlvorstellungen	143
2.	Der Aufwendungsbumpf des § 63 VVG	148
3.	Zielrichtung der Aufwendungen	154
4.	Die Verhältnismäßigkeit der Aufwendungen	157
a)	Allgemeines	157
b)	Verhältnismäßigkeit und versichertes Interesse	160
c)	Verhältnismäßigkeit bei Entscheidungen mit Unsicherheiten	161
d)	Unverhältnismäßige Rettungsaufwendungen	163
e)	Bedeutung von Weisungen des Versicherers für die Verhältnismäßigkeit von Aufwendungen	165

Inhaltsverzeichnis	13
II. Umfang des Anspruchs auf Rettungskostenersatz	168
1. Grundsätze	168
a) Nicht weisungsgebundene Rettungshandlungen	168
b) Weisungsgebundene Rettungshandlungen	170
c) Partiell weisungsgebundenes Verhalten	172
2. Eingeschränkter Rettungskostenersatz in speziellen Fällen.....	173
a) Rettung versicherter und unversicherter Interessen.....	173
aa) Ausscheidbare Kosten zur Rettung nichtversicherter Interessen	174
bb) Aufwendungen zur einheitlichen Rettung versicherter und unversicherter Interessen	175
b) Wertverbesserungen an eigenen Sachen durch die Vornahme von Rettungsmaßnahmen	182
D. Resümee	188
 <i>Dritter Teil</i>	
Aufwendungsersatz nach Ziff. 5 UmweltHB	190
A. Grundlegendes	190
I. Bedeutung von Ziff. 5 UmweltHB.....	190
II. Verhältnis zwischen Ziff. 5 UmweltHB und § 63 VVG	191
B. Grundlegende Voraussetzungen für den Aufwendungsersatz gemäß Ziff. 5.1 UmweltHB.....	193
I. Störung des Betriebes oder behördliche Anordnung	193
1. Betriebsstörung	194
2. Behördliche Anordnung.....	195
3. Feststellung während der Wirksamkeit der Versicherung	195
II. Aufwendungsbegriß der Ziff. 5 UmweltHB	197
III. Maßnahmen zur Abwendung oder Minderung eines sonst unvermeidbar eintretenden Schadens	197
1. Das Merkmal der Unvermeidbarkeit des Schadens und die Verteilung des Irrtums- und Prognoserisikos	197

2.	Schadensbegriff der Ziff. 5.1 UmweltHB	198
C.	Regelungen über den Umfang des Aufwendungsersatzes in den Ziffern 5.3 und 5.4 UmweltHB	203
I.	Systematischer Zusammenhang zwischen den Ziff. 5.1, 5.3 und 5.4 UmweltHB	203
II.	Aufwendungsersatz gemäß Ziff. 5.3 UmweltHB.....	205
1.	Anforderungen an das Verhalten des Versicherungsnehmers nach Ziff. 5.3.1 UmweltHB.....	206
a)	Beweis-, Verschuldens- und Kausalitätsfragen bei Verletzung der Verhaltensanforderungen.....	206
b)	Die einzelnen Obliegenheiten der Ziff. 5.3.1.....	209
aa)	Anzeigepflicht für festgestellte Betriebsstörungen und behördliche Anordnungen	209
bb)	Pflicht zur Begrenzung der Aufwendungen auf notwendige und geeignete Maßnahmen	209
cc)	Einlegung eines fristgemäßen Widerspruchs auf Verlangen des Versicherers	211
2.	Ersatz bei Abstimmung mit dem Versicherer nach Ziff. 5.3.2 UmweltHB	211
III.	Eingeschränkter Aufwendungsersatz nach Ziff. 5.4 UmweltHB	212
D.	Begrenzung der Ersatzleistung nach Ziff. 5.5 UmweltHB.....	213
I.	Sublimit und Jahresmaximierung (Ziff. 5.5 Abs. 1 UmweltHB)	214
II.	Selbstbehalt (Ziff. 5.5 Abs. 2 UmweltHB)	215
III.	Anrechnung des Aufwendungsersatzes auf die Versicherungssumme (Ziff. 5.5 Abs. 3 UmweltHB)	216
E.	Ausschluß von Eigenschäden.....	216
I.	Grundlagen.....	216
II.	Voraussetzungen für den grundsätzlichen Ausschluß von Eigenschäden nach Ziff. 5.6. Abs. 1 UmweltHB.....	218
1.	Sachen des Versicherungsnehmers und gleichgestellte Vermögensobjekte	218
2.	Zielrichtung der Aufwendungen.....	219

III.	Ausnahme: Beeinträchtigung nicht von einer Umwelteinwirkung betroffener Sachen des Versicherungsnehmers (Ziff. 5.6 Abs. 2 UmweltHB)	220
1.	Grundgedanke der Ausnahmeregelung	220
2.	Tatbestand	221
3.	Abzug eintretender Wertverbesserungen	224
4.	Verteilung von Darlegungs- und Beweislast	224
F.	Resümee	225
	Schlußbetrachtung	226
	Anhang	228
	Literaturverzeichnis	245